

03/2018



07.02.2018

dbb
beamtenbund
und tarifunion

landesbund
rheinland-pfalz

dbb rheinland-pfalz und CDU-Landtagsfraktion im Gespräch

Lilli Lenz/Martin Brandl:
Landesregierung muss Konzept zur Beseitigung von
Gehaltslücken im öffentlichen Dienst vorlegen

Adam-Karrillon-Str. 62
D – 55118 Mainz

Postfach 17 06
D – 55007 Mainz

Telefon 06131.61 13 56
Telefax 06131.67 99 95
post@dbb-rlp.de

verantwortlich:
Malte Hestermann

Unter der Leitung der Vorsitzenden des dbb rheinland-pfalz, Lilli Lenz, und des Parlamentarischen Geschäftsführers der CDU-Landtagsfraktion, Martin Brandl, sind Vorstandmitglieder von CDU-Fraktion und dbb zu einem Gedankenaustausch zusammengekommen. Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die Zukunft des öffentlichen Dienstes insbesondere im Hinblick auf die Nachwuchsgewinnung. Notwendig sei nicht zuletzt eine sowohl im Vergleich zum Bund und den Ländern als auch im Hinblick auf die Privatwirtschaft konkurrenzfähige Bezahlung. Die Besoldung der Landes- und Kommunalbeamten in Rheinland-Pfalz sei aufgrund wiederholter Einschnitte inzwischen im Bund-Länder-Vergleich weitgehend abgekoppelt von der allgemeinen Lohnentwicklung. Die Landesregierung müsse daher ein zukunftsfähiges Konzept zum Auffüllen bestehender Bezahlungslücken vorlegen.

Lilli Lenz: „Wir machen uns große Sorgen um die Funktions- und Konkurrenzfähigkeit des öffentlichen Dienstes im Land. Mit besserer Bezahlung käme mehr Nachwuchs. Abwanderungen von Bestandpersonal würden gestoppt. Die Beschäftigten erhielten ein längst überfälliges Signal der Wertschätzung für ihren so wichtigen Dienst. Die `Ampel-Koalition´ hat zwar zugesagt, die Tarifergebnisse für die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes der Länder auf die Beamtenbesoldung und –versorgung in Rheinland-Pfalz zu übertragen, aber das reicht nicht. Der dbb rheinland-pfalz hält neben angemessenen Tarifabschlüssen den schnellen Eintritt in eine insgesamt sechsprozentige Rückstandsaufholung für zwingend erforderlich.“

Martin Brandl: „Wegen der vergleichsweise niedrigen Besoldung in Rheinland-Pfalz in vielen Bereichen der Landesverwaltung sehen wir Schwierigkeiten bei der Gewinnung qualifizierter Fachkräfte. Die Landesregierung hat aufgrund unserer Nachfragen zugeben müssen, dass die absoluten Abweichungen in den tabellarischen Endgrundgehältern in Rheinland-Pfalz im Vergleich zu Bund und Bundesländern so hoch sind, dass Rheinland-Pfalz nahezu durchgängig nur auf dem vorletzten Platz rangiert. In der mittleren Besoldungsgruppe A 9 (Inspektor) bedeutet das zum Beispiel bis zu 300 Euro Rückstand pro Monat, in Besoldungsgruppe A 13 (Studienrat) bis zu 500 Euro – ein krasser Wettbewerbsnachteil. Das kann so nicht bleiben. Die Landesregierung muss erklären, wie sie dieses Problem lösen will.“

dbb rheinland-pfalz und CDU-Landtagsfraktion sind sich mit Blick auf die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen in diesem Frühjahr einig, dass die Landesregierung besser schnell nachbessert, als bis nach den Ländertarifverhandlungen 2019 zu warten.

pre
s
s
e
d
i
e
n
s
t

>>>

Für den dbb rheinland-Pfalz nahmen an dem Gespräch teil:

Vorsitzende des dbb rheinland-pfalz *Lilli Lenz*, stellvertretender Landesvorsitzender *Torsten Bach*, stellvertretender Landesvorsitzender *Gerhard Bold*, stellvertretender Landesvorsitzender *Axel Schaumburger*.

Für die CDU-Landtagsfraktion nahmen an dem Gespräch teil:

Parlamentarischer Geschäftsführer *Martin Brandl*, stellvertretender Fraktionsvorsitzender *Dr. Adolf Weiland*, Landtagsvizepräsident *Hans-Josef Bracht*, innenpolitischer Sprecher *Matthias Lammert*, haushaltspolitischer Sprecher *Gerd Schreiner*.